

Antwort

des Ministeriums für Wirtschaft, Tourismus, Energie und Klima

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Carl-Bernhard von Heusinger und Josef Winkler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Drucksache 19/141 -

Milliardeninvestitionen der Pharmaindustrie auf dem Prüfstand – Folgen für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 19/141** – vom 12. Juni 2026 hat folgenden Wortlaut:

Nach Pressemeldungen vom 3. Juni haben die Pharmaunternehmen Eli Lilly und Boehringer Ingelheim angekündigt, geplante Investitionen in Rheinland-Pfalz deutlich zurückzufahren. Eli Lilly will die ursprünglich für den Standort Alzey vorgesehenen Investitionen von 2,3 Mrd. Euro um rund die Hälfte reduzieren, während Boehringer Ingelheim Investitionen von 900 Mio. Euro an deutschen Standorten aussetzt. Insgesamt stehen damit Investitionen von knapp 2 Mrd. Euro in Frage. Als Gründe nennen die Unternehmen insbesondere die von der Bundesregierung geplanten Änderungen im Gesundheitswesen, darunter höhere Herstellerrabatte für Arzneimittel, mangelnde Planungs- und Investitionssicherheit sowie den zunehmenden internationalen Wettbewerbsdruck, insbesondere aus den USA und Asien. Die Ankündigungen treffen eine für den Wirtschafts- und Innovationsstandort Rheinland-Pfalz zentrale Schlüsselbranche. Die Pharmaindustrie zählt zu den bedeutendsten Industriebranchen des Landes, trägt erheblich zur industriellen Wertschöpfung und Exportleistung bei und sichert

direkt wie indirekt zehntausende Arbeitsplätze. Allein am neuen Eli Lilly-Standort in Alzey sollten ursprünglich bis zu 1 000 neue Arbeitsplätze entstehen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung

1. Hatte die Landesregierung im Vorfeld der Berichterstattung vom 3. Juni 2026 Kenntnis über die Investitionskürzungen von Eli Lilly und Boehringer Ingelheim?
2. Welche Gründe sieht die Landesregierung für die angekündigten Investitionskürzungen?
3. Mit welchen Stellen der Bundesregierung steht die Landesregierung aufgrund der angekündigten Investitionskürzungen derzeit in Kontakt?
4. Welche konkreten Anliegen bzw. Forderungen will die Landesregierung mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung besprechen?
5. Für welche Maßnahmen wird sich die Landesregierung auf Bundesebene einsetzen, um die Arzneimittelversorgung zu sichern und die Wettbewerbsfähigkeit des Pharmastandorts zu verbessern?
6. Welche eigenen Maßnahmen bzw. Vorschläge plant die Landesregierung zur Stärkung des Pharmastandortes Rheinland-Pfalz?
7. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über weitere geplante Investitionskürzungen sowie Investitions- bzw. Produktionsverlagerungen ins Ausland durch in Rheinland-Pfalz ansässige Pharmaunternehmen vor, die über die von Eli Lilly und Boehringer Ingelheim angekündigten Maßnahmen hinausgehen?

Das **Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Energie und Klima** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit angefügtem Schreiben beantwortet.



Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Energie und Klima
Postfach 32 69 | 55022 Mainz

Präsidenten des Landtags
Rheinland-Pfalz
Herrn Matthias Lammert, MdL
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

DER MINISTER

Stiftsstr. 9
55116 Mainz
Telefon +49 6131 162201
Telefax +49 6131 164438
poststelle@mwtek.rlp.de
www.mwtek.rlp.de

3. Juli 2026

**Kleine Anfrage der Abgeordneten Carl-Bernhard von Heusinger und Josef Winkler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend
„Milliardeninvestitionen der Pharmaindustrie auf dem Prüfstand – Folgen für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz“
- Kleine Anfrage Drs. 19/141 -**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

die Gesundheitsindustrie in Rheinland-Pfalz zählt zu den innovativsten Wirtschaftsbereichen, schafft hochwertige Arbeitsplätze und generiert eine hohe Wertschöpfung entlang vielfältiger Wertschöpfungsketten. Sie ist daher eine Schlüsselbranche für Wohlstand, Beschäftigung und gesellschaftlichen Fortschritt. Um ihre Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu sichern, benötigt die Gesundheitsindustrie verlässliche politische Rahmenbedingungen, eine investitionsfreundliche Regulierung sowie eine konsequente Förderung von Forschung, Entwicklung und Digitalisierung. Dafür setzt sich die Landesregierung ein.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die vorbezeichnete Kleine Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1:

Der Landesregierung lagen vor dem 3. Juni 2026 keine Hinweise auf die erfolgten Ankündigungen vor.



Zu Frage 2:

Nach Aussage der Unternehmen liegen die Gründe für die angekündigten Investitionskürzungen u. a. in den vorgesehenen Erstattungsregeln für forschende Arzneimittelhersteller im Rahmen des Gesetzentwurfs der Bundesregierung zum GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz.

Zu Frage 3:

Die Landesregierung steht zu dieser wie zu allen für den Wirtschafts- und Investitionsstandort Rheinland-Pfalz bedeutsamen Entscheidungen mit den zuständigen und beteiligten obersten Bundesbehörden einschließlich der regierungstragenden Fraktionen im Deutschen Bundestag im Austausch. Überdies bringt sich die Landesregierung im Zuge des Bundesratsverfahrens zum GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz über das Gesetzgebungsverfahren sowie über die Fachministerkonferenzen ein.

Zu Frage 4:

Ministerpräsident Schnieder und Wirtschaftsminister Ebling haben sich mit den Geschäftsführungen beider Unternehmen umgehend ausgetauscht. Die dort vorgebrachten Gründe für die jeweiligen Unternehmensentscheidungen sind Gegenstand der vorgenannten Gespräche der Landesregierung. Dazu gehören die Aspekte Planungs- und Investitionssicherheit für die hoch innovativen und forschenden Arzneimittelhersteller und gute Rahmenbedingungen für einen attraktiven Pharmastandort.

Zu Frage 5:

Die Landesregierung bewertet insbesondere die im GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz vorgesehenen Erstattungsregeln für forschende Arzneimittelhersteller sehr kritisch und hat sich hierzu sowohl innerhalb der Wirtschaftsministerkonferenz wie auch im laufenden Bundesratsverfahren entsprechend klar positioniert.

Sie setzt sich zudem auf Bundesebene dafür ein, dass im weiteren Gesetzesverlauf auf eine Dynamisierung des Herstellerabschlags in der vorgeschlagenen Form verzichtet wird. Aus Sicht der Landesregierung bedarf es stabiler und planbarer Rahmenbedingungen als Voraussetzung für die Innovationsfähigkeit, die



Versorgungssicherheit und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Standorts Deutschland. Dabei dürfen Gesundheits- und Wirtschaftspolitik nicht gegeneinander ausgespielt, sondern müssen zusammen gedacht werden.

Zu Frage 6:

Es ist Ziel der Landesregierung, den Biotechnologiestandort Rheinland-Pfalz zu stärken und auszubauen. Daher wurde im Koalitionsvertrag vereinbart, dass die Landesregierung in diesem Bereich die bestehende wissenschaftliche Exzellenz gezielt weiterentwickelt, die Drittmitteleinwerbung weiter verstärkt und die Forschungs-kooperation mit nationalen und internationalen Unternehmen ausbaut. Insbesondere in der Biotechnologie und den Lebenswissenschaften wird die Landesregierung die erfolgreiche Profilierung fortsetzen und Mainz sowie ganz Rheinland-Pfalz als internationalen Standort in der Biotechnologie weiter stärken.

Auch im Bereich Gründungen und Startups sowie Zukunftsclustern wird der Biotechnologie weiterhin eine zentrale Rolle zukommen. Ein Gründerzentrum in Mainz wurde bereits auf die Bereiche Lebenswissenschaften spezialisiert und vom Technologiezentrum Mainz (TzM) zum Life Science Zentrum Mainz (LZM) weiterentwickelt. Dort wurde die Vernetzungsplattform BioVation RLP erfolgreich etabliert, bei der Unternehmen, Wissenschaft, Institutionen und weitere Akteure gemeinsam an der Stärkung des Wirtschafts- und Innovationsstandortes arbeiten.

Zu Frage 7:

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegen der Landesregierung keine Erkenntnisse vor, die auf weitere Investitionskürzungen sowie Investitions- bzw. Produktionsverlagerungen hindeuten.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Ebling